

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aktuelle Stunde

Thema: „Verkehrswende geht anders - die Novelle der Straßenverkehrsordnung reicht als Unterstützung von Städten und Kommunen nicht aus!“

Begründung:

Die Novelle der Straßenverkehrsordnung, die gerade im Bundesrat kontrovers diskutiert und abgestimmt wurde, hat vielfältige Auswirkungen auf Städte und Kommunen. Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten für mehr Verkehrssicherheit wurden nicht berücksichtigt. Dazu gehören zum Beispiel Tempobegrenzungen in Städten oder die Einrichtung von Sicherheitszonen, in denen nur LKW mit Abbiegeassistenten fahren dürfen. Besonders unbefriedigend ist, dass Kommunen die Gebühren für das Bewohnerparken nicht anheben dürfen. Damit ist es weiterhin nicht möglich, die Kosten für die Beanspruchung des öffentlichen Raums gerechter zu verteilen. Für eine echte Verkehrswende, die die Mobilität abseits des Autos und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer*innen in den Vordergrund stellt, bedarf es weiterer Regelungen. Die Forderung Bremens und Berlins nach einem generellen Tempo-limit von 130 auf Autobahnen wurde ebenso ausgebremst.

Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN